



Presseschau vom 07.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Polen: Denkmal für Dankbarkeit gegenüber Roter Armee demontiert
Das Monument für Dankbarkeit gegenüber der Roten Armee in der polnischen Stadt Dębica im Südosten des Landes ist im Rahmen der Durchsetzung eines Gesetzes zur „Dekommunisierung“ am Dienstag demontiert worden.

„Der bestätigten Information vom Generalkonsul Russlands in Polen, Alexander Minin, zufolge ist am 3. Februar das Denkmal für Dankbarkeit gegenüber der Roten Armee vollständig demontiert worden, das zu Ehren des 20. Jahrestages der Befreiung von den faschistischen Okkupanten in der Stadt Dębica errichtet wurde“, teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Alexej Fomitschjow, mit.

Ihm zufolge ist dies der erste Fall der Demontage eines russischen Denkmals auf dem Territorium des russischen Generalkonsulats in Krakau.

Fomitschjow betonte, dass der Bürgermeister der Stadt sein Bedauern wegen des Abrisses des Denkmals zum Ausdruck gebracht hatte. Der Stadtchef sei indes gezwungen gewesen, die Anweisung des Instituts für Nationales Gedenken zu erfüllen.

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums teilte zudem mit, dass in Polen in den Jahren 2014 bis 2017 in über 20 Fällen Gedenkstätten, die dem Gedenken an sowjetische Soldaten gewidmet waren, per Beschluss von örtlichen Behörden demontiert oder in ihrer Architektur ernsthaft geändert wurden.

Im Juni 2017 hatte der polnische Senat Änderungen zum Gesetz zur „Dekommunisierung“ verabschiedet, die es nun ermöglichen, im ganzen Land etwa 500 Denkmäler abzureißen, die

den Sowjetsoldaten gewidmet sind.

Zuvor hatte der polnische Sejm den Abriss der Denkmäler für Soldaten der Roten Armee unterstützt. Das Außenministerium Russlands beschuldigte den Sejm einer „raffinierten Freveltat“.

Dnr-news.com: In der Ukraine wurde vorgeschlagen, den traditionellen militärischen Gruß durch „Heil der Ukraine“ zu ersetzen

Das Ministerkabinett der Ukraine hat der Obersten Rada vorgeschlagen, den traditionellen militärischen Gruß „Ich wünsche Gesundheit“ abzuschaffen. Dies steht im Gesetzentwurf Nr. 7549, der auf der Webseite der Rada registriert ist.

„Auf die Begrüßung des Kommandeurs oder nach militärischem Rang Vorgesetzten mit ‚Heil der Ukraine‘ sollen alle Militärangehörigen, sowohl die im Dienst als auch die außer Dienst antworten mit ‚Heil den Helden‘. Wenn sich der Kommandeur bzw. Ranghöhere mit den Worten ‚Heil der Ukraine‘ verabschiedet, so antworten die Militärangehörigen: ‚Heil den Helden‘“, heißt es im Dokument.

Außerdem wird vorgeschlagen, bei einer Ansprache an den Verteidigungsminister und seiner Stellvertreter das Wort „Kamerad“ einzufügen.

de.sputniknews.com: Russische Handelsvertretung in Damaskus unter Beschuss

Die russische Handelsvertretung in Damaskus ist unter Granatwerferbeschuss genommen worden, wie das russische Außenministerium mitteilte.

Laut den Angaben gibt es keine Toten und Verletzten. Das Gebäude, in dem ein 120-mm-Geschoss eingeschlagen haben soll, sei massiv beschädigt.

„Wir verurteilen entschieden den erneuten Anschlag von Terroristen auf die diplomatische Vertretung der Russischen Föderation in Damaskus. Das ist ein weiteres Glied in der Kette der Verbrechen, die sie in den letzten Tagen gegen die Zivilbevölkerung der syrischen Hauptstadt begangen haben“, hieß es in der Mitteilung.

Das Außenministerium habe die Weltgemeinschaft aufgerufen, zu den Terrorattacken gegen diplomatische Vertretungen Stellung zu nehmen.

Die Behörde erinnerte an den Granatwerferbeschuss vom Montag in der Altstadt von Damaskus, der zwei Tote und mehrere Verletzte gefordert hatte. Laut einem Sputnik-Korrespondenten vor Ort wurde das christliche Viertel von Damaskus, darunter zwei Vergabestellen, in denen von russischen Geistlichen – Christen wie Muslimen – nach Syrien gebrachte Hilfsgüter verteilt werden, vom Stadtbezirk Jobar aus beschossen. Die russische interkonfessionelle Delegation wurde in Sicherheit gebracht.

Nach Angaben des Außenministeriums sind in den vergangenen zwei Tagen insgesamt mindestens zehn Menschen durch Granatwerferbeschuss getötet worden.

Vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **dreimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Logwinowo, Kalinowo und Kalinowka**.

Geschossen wurde mit 122mm-Artillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern, automatischen Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Russland beginnt mit Ausweisung nordkoreanischer Arbeiter

Behörden einiger russischer Regionen haben laut dem russischen Botschafter in Pjöngjang, Alexander Mazegora, damit begonnen, gemäß der Resolution des UN-Sicherheitsrates nordkoreanische Arbeiter auszuweisen.

„Das Verbot hinsichtlich der Beschäftigten aus Nordkorea wird ein Schlag gegen die russische Wirtschaft sein, aber wir erfüllen strikt die Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats. Viele Gouverneure haben bereits mit der Ausweisung (von Arbeitern aus Nordkorea – Anm. d. Red.) begonnen“, so der Botschafter.

Russland erteilt ihm zufolge jährlich 12.000 bis 15.000 Visa für nordkoreanische Bürger, 90 Prozent davon sind Arbeitsvisa mit einem kurzfristigen Aufenthalt. Der Botschafter betonte, dass circa 35.000 Nordkoreaner in Russland tätig gewesen seien, vor allem im Bauwesen und in der Landwirtschaft sowie in der Fischereiindustrie.

Mazegora verwies darauf, dass ein nordkoreanischer Arbeiter durchschnittlich so viel wie ein russischer Bürger verdiene, aber vom Gehalt dieses Arbeiters ernähren sich „13 Mitglieder seiner Familie“. Die nordkoreanischen Mitarbeiter erhalten ihm zufolge 40 bis 50 Prozent von ihrem Lohn, den Rest bekommen die nordkoreanischen Behörden.

Vor diesem Hintergrund bezeichnete der Botschafter alle Aussagen, laut denen die nordkoreanischen Bürger in Russland unter sklavischen Bedingungen arbeiten sollen, als „totalen Blödsinn“.

Der UN-Sicherheitsrat hatte zuvor einstimmig die Resolution 2375 verabschiedet, die neue Sanktionen gegen Nordkorea vorsieht. Diese Einschränkungen betreffen Export- und Importmöglichkeiten von Pjöngjang. Zudem wird die Zahl der Arbeitsgenehmigungen für die nordkoreanischen Bürger eingeschränkt.

Die Situation auf der Korea-Halbinsel verschlechterte sich im Jahr 2017 dramatisch, nachdem Nordkorea eine Reihe von Raketenstarts sowie einen Atomtest durchgeführt hatte. Im Dezember verhängte der UN-Sicherheitsrat neue internationale Sanktionen gegen das Land.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31847/49/318474992.jpg>

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **zehnmal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **acht Ortschaften der Republik** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Forscher: So schnell bewegt sich Krim auf Russland zu

Die Halbinsel Krim bewegt sich jährlich um drei Zentimeter auf das russische Festland zu. Das behauptet Alexander Wolwatsch, Professor für Physik und Mathematik.

„Wir haben die Möglichkeit zu erfahren, welche Objekte sich bewegen, und das erlaubt es uns festzustellen, was mit den tektonischen Platten und den Objekten passiert, die sich in den tektonischen Regionen befinden“, sagte Wolwatsch bei einer Pressekonferenz in der Stadt Simferopol.

„Die Krim bewegt sich mit einer Geschwindigkeit von mehr als 32 Millimeter pro Jahr auf Russland zu“, so der Professor weiter. Das sei von den Forschern festgestellt und gemessen worden.

Dabei sei ein spezielles System verwendet worden, um die Prozesse vorauszusagen, die sich in nächster Zukunft in den tektonischen Platten abspielen werden.

Wolwatsch ist nicht der Erste, der von der „Annäherung“ der Krim an Russland spricht. So hatte im Oktober 2016 Alexander Ipatow, Professor für angewandte Astronomie von der Russischen Akademie der Wissenschaften, dasselbe behauptet und dabei von einer Geschwindigkeit von 2,9 Millimeter pro Jahr gesprochen...

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 11.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Donezker Flughafen (Spartak), Dokutschajewsk, Werchnetorezikoje, Schirokaja Balka, Staromichajlowka, Jasinowataja, Dsershinskoje, Kominternowo.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 292 In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 440

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: USA schaffen „Atmosphäre des Grauens“ um Nordkorea – russischer Botschafter

Die USA versuchen, eine „Atmosphäre des Grauens“ um Nordkorea zu schaffen, wie der russische Botschafter in Pjöngjang, Alexander Mazegora, erklärte. Dies soll bereits die Politik einzelner russischer Unternehmen beeinflusst haben.

„Unsere amerikanischen Kollegen haben darin Fortschritte gemacht und arbeiten in dieser Richtung weiter — eine Atmosphäre des Grauens um Nordkorea zu schaffen“, so der Diplomat.

Ihm zufolge signalisiert Washington damit anderen Ländern, dass man mit Nordkorea nicht kooperieren dürfe und dass alle, die dies tun, finanzielle und materielle Verluste erleiden würden.

„Unser Komplex in Radjin (ein Hafen in Nordkorea – Anm. d. Red.) ist gemäß den Resolutionen die einzige Ausnahme ... wo wir unsere Kohle umschlagen. Seit vier Monaten gibt es dort keine Tonne Güter mehr. Kein russischer Kohlenhändler will nun nach Radjin fahren. Es gibt nur eine Erklärung: Die Amerikaner verbieten und verbreiten Angst“, erläuterte der russische Botschafter.

Die USA verweisen Mazegora zufolge offiziell auf einen freiwilligen Verzicht der Unternehmen auf die Arbeitstätigkeit in Radjin.

Dnr-online.ru: Die Nutzer von Phönix, die ihre Sim-Karten außerhalb der offiziellen Verkaufspunkte gekauft haben, haben innerhalb von drei Monaten die Möglichkeit, in das zentrale Büro des Unternehmens zu kommen und sich umzuregistrieren. Dies teilte heute der Pressedienst des Kommunikationsministeriums mit.

Zuvor hatte das staatliche Unternehmen „Republikanischer Mobilfunkoperator“ erklärt, dass der Operator sich das Recht vorbehält, die Nummer zu blockieren, wenn die Pass-Nummer, unter der die Sim-Karte registriert ist, nicht mit der des Inhabers übereinstimmt. Dies hing damit zusammen, dass in der Republik eine Menge von Fällen von Spekulation mit Startpaketen von Phönix und Weiterverkauf durch Privatpersonen und „Unternehmer“ festgestellt wurde.

Dabei haben sich die Weiterverkäufer an Menschen bereichert, die sich in einer ausweglosen Situation befanden und aus verschiedenen Gründen keine Startpakete in den offiziellen Verkaufspunkten kaufen konnten. Den Einwohnern wurden die Pakete zu einem Preis angeboten, der um ein Mehrfaches überteuert war.

Obwohl der republikanische Mobilfunkoperator nach der geltenden Gesetzgebung das volle Recht hat, die genannten Nummern zu blockieren, hat die Führung des Unternehmens entschieden, eine sogenannte Amnestie in Bezug auf die Nutzer dieser Sim-Karten zu erklären.

Alle Inhaber von Sim-Karten aus zweiter Hand müssen sich bis zum 20. März mit einem Ausweisdokument und der Sim-Kartenummer an das zentrale Büro wenden. Das Verfahren ist kostenlos.

de.sputniknews.com: Kiew fürchtet Angriffe von Polen auf Ukrainer

Die Verabschiedung des „Anti-Bandera“-Gesetzes kann laut dem Direktor des ukrainischen Instituts für Nationales Gedenken, Wladimir Wjatrowitsch, anti-ukrainische Erklärungen und rowdyhafte Handlungen provozieren. Dies sagte er am Dienstagabend im Interview mit dem Fernsehsender Espresso TV.

Am Dienstag hatte Polens Präsident Andrzej Duda das Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens unterzeichnet, das eine strafrechtliche Verantwortung für die Propaganda der Ideologie der ukrainischen Nationalisten, für die Negierung des Massakers von Wolhynien und für Behauptungen vorsieht, die Polen hätten in den Jahren des Zweiten Weltkriegs mit den Nazis kollaboriert.

„Leider scheint die Mehrheit der polnischen Gesellschaft eine solches Gesetz zu billigen. Für einen Teil der polnischen Gesellschaft können derartige Gesetze eine gewisse Legitimierung anti-ukrainischer Erklärungen oder rowdyhafter Handlungen sein“, sagte Wjatrowitsch gegenüber Espresso TV.

Wie er ferner anmerkte, sei die Verabschiedung dieses Gesetzes das Anzeichen für einen Angriff auf die Redefreiheit. „Wir sind Zeugen dessen, wie sich in Polen allmählich ein politisches Diktat in Bezug auf die Geschichte durchsetzt. Es gibt bereits allen Grund, von einer allmählichen Reduzierung der Redefreiheit in Polen zu sprechen“, so Wjatrowitsch.

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko das polnische Gesetz als inakzeptabel bezeichnet. „Die historische Wahrheit erfordert ein offenes Gespräch und einen offenen Dialog, aber keine Verbote. Die in dieser Entscheidung enthaltenen Einschätzungen sind absolut nicht objektiv und entschieden unannehmbar“, erklärte er.

Das polnische Parlament hatte unlängst ein neues Gesetz verabschiedet, dem zufolge die Unterstützung der in der Ukraine geltenden historischen Doktrin strafrechtlich zu verurteilen ist, wovon nicht nur einfache Anhänger Stepan Banderas, sondern auch viele ukrainische Abgeordnete betroffen sein könnten.

Lug-info.com: Das Staatssicherheitsministerium der LVR hat Listen von Soldaten der Spezialoperationskräfte der Ukraine veröffentlicht, die an Diversions- und Erkundungsaktivitäten auf dem Territorium der Republiken des Donbass beteiligt sind. Dies teilte die Leiterin des Zentrums zur Verbindung mit der Öffentlichkeit des MfS Jewgenija Ljubenko mit.

„Unter Dokumenten, die innerhalb von drei Jahren von unserem Agenten im Hinterland des Gegners Iwan Chshnjak gesammelt wurden, ist eine Liste von Personen, die an Diversions- und Erkundungsaktivitäten auf dem Territorium der LVR und der DVR beteiligt sind“, teilte Ljubenko mit.

„Das MfS verfügt über bestätigte Daten von Soldaten, die zu den Spezialoperationskräften für Antidiversionenkampf gehören. Durch Entscheidung der Führung des MfS der LVR wurde der Geheimhaltungsvermerk bei diesen Dokumenten gelöscht.“, erklärte sie.

„Die Liste von verbrecherischen Soldaten, die der Stab der „ATO“ allseitig unterstützt hat, unter anderem bei ihrer Erkundungs- und Sabotageaktivität in der „grauen Zone“, wird teilweise auf der offiziellen Seite des MfS der LVR veröffentlicht und an die Massenmedien weitergegeben“, fügte Ljubenko hinzu.

Hauptabteilung Spezialoperationskräfte für den Antidiversionenkampf:

(Es folgt eine Liste von sechs Offizieren mit Angabe von vollem Namen und Codenamen sowie Funktion; Anm. d. Übers.).

Aufklärungsabteilung:

(Es folgt eine Liste von drei Offizieren mit Angabe von vollem Namen und Codenamen sowie Funktion; Anm. d. Übers.).

Gruppe für Planung und Einsatz:

(Es folgt eine Liste von drei Offizieren mit Angabe von vollem Namen und Codenamen sowie Funktion; Anm. d. Übers.).

Gruppe für laufende Operationen:

(Es folgt eine Liste von drei Offizieren mit Angabe von vollem Namen und Codenamen sowie Funktion; Anm. d. Übers.).

Finanzdienst:

(Es folgt der Name eines Offiziers mit Angabe von vollem Namen und Codenamen sowie Funktion; Anm. d. Übers.).

Betriebsküche:

(Es folgte eine Liste von zwei Soldaten mit Angabe von vollem Namen und Codenamen, wovon einer als Koch ausgewiesen ist; Anm. d. Übers.).

Gruppe für Aktivitäten mit einer Drohne vom Typ „Nota“:

(Es folgt der Name von zwei Offizieren mit Angabe von vollem Namen und Codenamen sowie Funktion; Anm. d. Übers.).

Auf Grundlage der gesammelten Beweise wird das MfS in Bezug auf die genannten Personen Strafverfahren nach § 435 Teil 1,2 des Strafrechtsbuchs der LVR „Planung, Vorbereitung, Entfaltung oder Führung eines Angriffskriegs“ einleiten.

de.sputniknews.com: Paranoia? Kiew sieht „Moskaus Hand“ hinter Zagrebs Rückgabe von reparierten Kampffjets

Medienberichte über die Rückgabe von vier reparierten ukrainischen Kampffjets des Typs MiG-21 durch Kroatien sind laut dem ukrainischen Rüstungskonzern Ukrspezexport die Folge einer „unlauteren Konkurrenz“ seitens Russlands.

„Bisher sind keine Ansprüche des kroatischen Verteidigungsministeriums beim Rüstungskonzern Ukrspezexport eingegangen. Wir sind gezwungen, zu konstatieren, dass die ungläubwürdigen Informationen nur durch eine unlautere Konkurrenz seitens Russlands bedingt sind“, geht aus einer Mitteilung des Unternehmens hervor.

Obwohl Ukrspezexport eigenen Angaben zufolge über größere Erfahrungen in diesem

Bereich verfügt, hat das kroatische Verteidigungsministerium trotz der EU-Sanktionen Verträge über die Reparatur von Kampfflugzeugen mit der russischen Holding „Wertoljoty Russii“ („Hubschrauber Russlands“) geschlossen.

Zuvor hatte die Zeitung „Jutarnji list“ unter Verweis auf eine Quelle im kroatischen Verteidigungsamt mitgeteilt, dass Zagreb Kiew vier Abfangjäger MiG-21, die von einem ukrainischen Unternehmen unzureichend repariert worden seien, wegen Betriebsstörung zurückgeben wolle. Die Maschinen hätten Probleme mit Navigationsgeräten und Kraftstofftanks.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31942/61/319426121.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der Donezker Volksrepublik **bleibt angespannt**. Der Gegner beschießt weiter das Territorium der Republik und nutzt dabei von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen. **In Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **Dokutschajewsk, Staromichajlowka, Jasinowataja und Spartak** neun Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 16 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen. Außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

In Richtung Gorlowka wurden die Gebiete der Ortschaften **Werchnetorezkoje und Schirokaja Balka** beschossen. Der Gegner hat zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und sechs Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol wurden die Gebiete der Ortschaften **Kominternowo und Dershinskoje** beschossen. Der Gegner hat Mörser des Kalibers 120mm und 82mm und zehn Mörsergeschosse abgeschossen sowie verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden zehn Verletzungen der Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In der Folge eines Mörserbeschusses wurde **ein Soldat der Streitkräfte der DVR verletzt**.

Ich lenke die Aufmerksamkeit der Führung der OSZE-Mission auf weitere Fälle von Verletzung der Minsker Vereinbarungen im Teil, der den Abzug von Waffen betrifft, durch die ukrainische Seite. Von unserer Aufklärung wurden Feuerpositionen und Gebiete mit verdeckter Stationierung von Waffen der ukrainischen Streitkräfte, die bei den täglichen Beschüssen Territoriums der Republik verwendet werden, entdeckt.

Im Gebiet von Nowopokrowskoje (16 km von der Kontaktlinie) wurden zwei 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“ entdeckt.

Am Rand von Pawlopol (4 km von der Kontaktlinie) ist ein Kommandobeobachtungspunkt einer Haubitzenbatterie eingerichtet, der vollständig für die Führung von Kampfaktivitäten und zur Koordination des Artilleriefeuers ausgerüstet ist.

Im Gebiet von Opytnoje (2 km von der Kontaktlinie) wurden vorläufige Feuerpositionen einer Mörserbatterie entdeckt, von der aus die ukrainischen Truppen regelmäßig Beschüsse durchführen.

Wir erhalten weiter besorgniserregende Informationen, die die Einschätzung der Aufklärung bezüglich der Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte auf Angriffsaktivitäten bestätigen. Insbesondere wurde in der Nähe von Jelisawetowka eine verdeckte Konzentration eines Panzerbataillons der 30. mechanisierten Brigade mit Versorgungstechnik, Material- und Munitionsvorräten bemerkt.

Ich erinnere daran, dass gemäß den uns vorliegenden Informationen vom Plan des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte die Verwendung eines Panzerbataillons der 30. mechanisierten Brigade im Rahmen einer Gruppierung vorgesehen ist, die für die **Durchführung eines umfassenden Schlags in Richtung Maximowka, Starobeschewo, Ilowajsk bestimmt ist, um in der Folge die Hauptstadt der Donezker Volksrepublik zu umzingeln.**

Ich möchte mich ein weiteres Mal an die Mütter der ukrainischen Soldaten wenden. Man hat vor, Ihre Söhne in ein blutiges Gemetzel zu schicken. Und solche militärischen Leiter wie beispielsweise der Kommandeur der 30. Brigade Oberstleutnant Iwan Garas, der bittere Erfahrungen mit großen Verlusten unter seinen Untergebenen im Kessel von Iswarinskoje im Jahr 2014 hat, werden dies ohne mit der Wimper zu zucken ein weiteres Mal tun.

de.sputniknews.com: Wegen Russland: US-Star Jim Carrey löscht seinen Facebook-Account
US-Schauspieler Jim Carrey will am Dienstag seinen Facebook-Account wegen einer angeblichen Einmischung Russlands gelöscht haben.

Er habe seine Facebook-Aktionen verkauft und seine Facebook-Seite gelöscht, so der Schauspieler in seinem Twitter-Account. Ihm zufolge „profitierte Facebook von der russischen Einmischung in unsere Wahlen, und sie tun bislang nicht genug, um dies zu stoppen“. Carrey fügte hinzu: „Ich rufe alle anderen Investoren dazu auf, die sich um unsere Zukunft kümmern, dasselbe zu tun.“

Facebook hatte zuvor erklärt, dass hinter den 80.000 Facebook-Postings „russische Akteure“ stünden. Bis zu 126 Millionen Amerikaner hätten diese Mitteilungen lesen können. Dabei erklärt das Unternehmen nicht, wie dies die US-Wahlen hätte beeinflussen können.

Im US-Kongress laufen unabhängige Ermittlungen zur „russischen Einmischung“ in die US-Präsidentenwahlen, die Donald Trump gewonnen hat. Eine ähnliche Untersuchung ist beim FBI im Gange. US-Medien veröffentlichen unter Berufung auf anonyme Quellen regelmäßig Berichte über angebliche Kontakte von Mitgliedern des Wahlkampfstabes von Trump mit russischen Beamten und Unternehmern. Russland hat die Anschuldigungen hinsichtlich einer angeblichen Einmischung in die US-Wahlen wiederholt als haltlos zurückgewiesen.

Ukrinform.ua: Premier: Ukraine soll Wirtschaftsmodell ändern

Die Ukraine solle das Wirtschaftsmodell aus dem Rohstofftyp in die Wertschöpfung innerhalb des Landes ändern, erklärte der Ministerpräsident der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, während der heutigen Regierungssitzung, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

Er betonte ferner, dass eine Schlüsselposition bei der Entwicklung der Wirtschaft die Landwirtschaft spielt, die fast ein Fünftel der gesamten Produktion, die in der Ukraine erzeugt

wird, ausmacht.

de.sputniknews.com: Israels Angriff nahe Damaskus: Syrische Armee reagiert auf „neuen Akt der Aggression“

Das syrische Militär soll am Mittwoch einen Luftangriff seitens Israels in der Nähe von Damaskus abgewehrt haben. Die syrischen Staatsmedien bezeichnen die Attacke als „neuen Akt der Aggression“.

Israelische Flugzeuge sollen ein Forschungszentrum in der Stadt Jamraya nördlich von Damaskus attackiert haben. Die syrische Luftabwehr soll die Angriffe jedoch abgeschlagen haben.

Der israelischen Tageszeitung „Haaretz“ zufolge kamen die israelischen Kampffjets aus dem libanesischen Luftraum.

Israel räumt regelmäßige Militäroperationen in Syrien ein. Die Führung des Landes begründet sie mit dem Wunsch, zu verhindern, dass Massenvernichtungswaffen und moderne Munition in die Hände von feindlichen Kräften gelangen, vor allem die der Hisbollah-Miliz. Die schiitische Bewegung hatte in der Vergangenheit mehrmals mit Israel gekämpft. Nun unterstützt sie den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad.

Nachmittags:

lug-info.com: Die Minister für ökonomische Entwicklung der LVR und Südossetiens Jelena Kostenko und Gennadij Kokojew haben heute in Lugansk eine Vereinbarung über Zusammenarbeit unterzeichnet...

„Es beginnt eine große Arbeit im Rahmen der ökonomischen Zusammenarbeit. Ökonomische Zusammenarbeit bedeutet Austausch und Organisation von Beziehungen in allen Wirtschaftsbereichen, das sind Tourismus, Industrie, Kultur, d.h. ein breites Spektrum, und Handelsbeziehungen und Investitionsaktivitäten, deshalb haben wir heute bereits perspektivreiche Pläne, die wir etappenweise erörtern“, erklärte Jelena Kostenko.

Sie unterstrich, dass sich das Ministerium in gemeinsamen Anstrengungen mit den Kollegen aus Südossetien bemüht, Probleme im Bereich der Ökonomie zu lösen, „um die Wirtschaft beim Wachstum zu unterstützen, Berührungspunkte zu finden“.

„Natürlich erwarten wir effektive Ergebnisse unserer positiven Entscheidungen. Letztendliches Ziel ist eine Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Bevölkerung“, fasste Kostenko zusammen.

„Wir haben keine Zweifel daran, dass unsere Zusammenarbeit, die bereits im letzten Jahr beim 2. ökonomischen Forum in der LVR und auf der Ausstellung der Errungenschaften der Volkswirtschaft begann, fortgesetzt wird und wir in der Zukunft auf Projekte zählen werden, die die ökonomische Entwicklung der Bruderrepubliken fördern“, sagte Kokojew.

Er berichtete, dass sich die Delegation Südossetiens während des Aufenthalts in der LVR nicht nur mit Vertretern von Ministerien und Behörden der Republik austauschte, sondern auch Industriebetriebe besuchte. Er merkte an, dass die Erfahrung, die in der LVR erarbeitet wurde, „zweifelloso auf unsere Industrie in Südossetien übertragen werden kann“.

de.sputniknews.com: Wer in der postsowjetischen Welt zum Russenhass anstachelt
Der ständige Kampf gegen die russische Welt ist lohnenswert. In der Ukraine und im Baltikum wird auf diese Weise ein Feindbild aufrechterhalten und die Aufmerksamkeit von den wahren Problemen abgelenkt: Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne.

Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen das „sowjetische Erbe“ wird gegen alles Russische gehetzt und der Russenhass von staatlicher Seite geschürt. Wozu Kiew, Tallinn, Vilnius und Riga die angebliche „russische Bedrohung“ brauchen – darüber lesen Sie im Artikel von Anton Lissizyn.

Gesetze gegen russische Schulen

Eine der auffallendsten Erscheinungen der Diskriminierung im postsowjetischen Raum ist die schrittweise Abschaffung der russischen Sprache. Darauf wird nicht nur von Medien, sondern auch von internationalen Institutionen aufmerksam gemacht. So verabschiedete die Parlamentsversammlung des Europa-Rats im Januar eine Resolution zum Schutz der Sprachen der nationalen Minderheiten in Europa. Laut Pace sollen die Minderheiten die Möglichkeit haben, während der gesamten Lern- und Ausbildungsperiode – vom Kindergarten bis zur Hochschule – in ihrer Muttersprache zu lernen.

Im Dokument stehen keine konkreten Adressaten geschrieben, doch es ist absolut klar, dass damit die Ukraine, Lettland, Litauen und Estland gemeint wurden. Denn sie machen gerade das Gegenteil von dem, was Pace empfiehlt.

Ukrainische Medien bestätigten diese Behauptung indirekt sofort, indem sie unverzüglich nach der Veröffentlichung dieses Dokumentes berichteten, dass Kiew in dieser Resolution nicht erwähnt ist. Allerdings erinnerte ein Vertreter Ungarns in einem Erläuterungsbericht daran, dass die Ukraine die Standards des Europa-Rats bezüglich der Sprachen der nationalen Minderheiten verletzt. Budapest ist ein kontinuierlicher Kritiker des ukrainischen Bildungsgesetzes, das auch die Rechte der ungarischen, rumänischen und moldawischen Minderheiten einschränkt. Allerdings verheimlichte die Oberste Rada bei der Verabschiedung dieses Gesetzes nicht, dass das Gesetz vor allem gegen russischsprachige Schulen gerichtet ist.

„Estonisierung“ seit den 1990er Jahren

Im Baltikum wird eine solche Politik bereits seit einigen Jahrzehnten erfolgreich umgesetzt. In Lettland werden allgemeine Fächer in den Schulen ab 2020 nur in der lettischen Sprache unterrichtet. Entsprechende Gesetzesänderungen wurden von der Regierung gebilligt und dem Parlament vorgelegt.

Auch in Estland geht eine schrittweise „Estonisierung“ der Schulen vor sich. Eine gesetzliche Basis dafür schuf das Parlament bereits in den 1990er Jahren. In seiner ersten Konstituierung 1992 gelangten dank dem Gesetz über Staatsbürgerschaft nur ethnische Esten.

Aliens aus der russischen Welt

In Lettland und Estland gibt es das sogenannte Alien-Problem, das Problem der Fremden, der Zuwanderer. Nach dem Erhalt der Unabhängigkeit stellten Riga und Tallinn all jenen nicht die vollständigen Bürgerrechte bereit, bei denen es in früheren Generationen keine Staatsbürger aus dem Vorkriegs-Lettland und —Estland gab. Die Zahl der Nicht-Staatsbürger sinkt zwar allmählich, vor allem wegen der Auswanderung und der natürlichen Todesrate. Doch das Wichtigste wurde von den Gründungsvätern der neuen baltischen Republiken besorgt: die Privatisierung und die Bildung einer politischen Grundlage der Republiken erfolgte ohne Nicht-Staatsbürger, also ohne Russen.

Litauen gewährleistete die Staatsbürgerschaft nach dem Null-Prinzip – gleiche Rechte bekamen alle, die in der Litauischen sowjetischen Republik wohnten, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit und der Staatsbürgerschaft der Vorfahren. Allerdings gibt es in der Republik ebenfalls Probleme mit russischen Schulen.

Karriere unter dem Besatzungsregime

Im Ganzen kämpften Tallinn, Vilnius und Riga kontinuierlich und sehr aktiv gegen das Erbe der Sowjetunion – von sowjetischen Symbolen, die in Lettland und Litauen verboten sind, bis zur Schleifung der Industrie – die sowjetischen Fabriken wurden geschlossen. Gerade mit dem Streben, das „totalitäre“ sowjetische Erbe loszuwerden, wird im Baltikum die Einführung der Nicht-Staatsbürgerschaft und die Verdrängung der russischen Sprache gerechtfertigt. Auf

die Frage nach gemeinsamen Merkmalen des „totalitären Regimes“ und der russischen Minderheit antworten Tallinn, Vilnius und Riga lieber nicht. Sonst müssten sie zugeben, dass der Russenhass auch andere Gründe hat.

„Russische Schulen wurden auch in der unabhängigen Republik Lettland 1918-1940 mit Haushaltsgeldern finanziert – neben den polnischen, jüdischen, deutschen Schulen. Zumal konnte man im lettischen Parlament 1922-1934 auch in der russischen und deutschen Sprache auftreten. Die jetzige Sprachpolitik ist die Rückkehr nicht zu Prinzipien der demokratischen Republik Lettland, sondern zu den Prinzipien der Diktatur der Jahre 1934 bis 1940“, sagte der Kovorsitzende des lettischen Ausschusses für Menschenrechte, Alexander Kusjmin.

Laut dem Abgeordneten Wjatscheslaw Titow aus dem litauischen Klaipeda wurde mit der Machtübernahme durch die Russenhasser in den 1990er Jahren unter dem Vorwand des Kampfes gegen das Erbe der Sowjetunion alles Sowjetische beseitigt – das bedeutete in der Praxis alles Russische und auf Russisch Geschriebene. „Die russische Bevölkerung wurde zur Geisel der russenfeindlich gestimmten Macht“, sagte Titow.

„In der Sowjetzeit wurde die ganze Partei- und Wirtschaftsnomenklatur vor allem mit nationalen Spezialisten gefüllt, also eben Esten, von denen viele unter dem ‚Besatzungsregime‘ eine gute Karriere in den staatlichen Machtorganen und in der Armee machten. Die von ehemaligen Dissidenten einst vorgelegte Idee eines globalen Strafrechtsprozesses gegen die sowjetische Kommunistische Partei wurde in Estland nicht unterstützt, weil die meisten Führungskräfte des unabhängigen Estlands, darunter der Präsident und der Premier, hochrangige Mitglieder dieser verdamnten Kommunistischen Partei waren“, sagte der estnische gesellschaftliche Vertreter Allan Hantsom.

Baltische Republiken von Russen mitgegründet

Hantsom macht auf die Verbindungen zwischen der estnischen Staatlichkeit und den Russen aufmerksam, woran sich Tallinn nicht gern erinnert. „Die Unabhängigkeit wurde während des Bürgerkriegs in vielerlei Hinsicht dank den Offizieren der russischen weißen Garde erhalten. Also jener, die in Estland nach dem Abschluss des Friedensvertrags von Dorpat 1920 auf Forderung der Bolschewisten entwaffnet und in KZ-Lager geschickt wurden, wo die meisten an Typhus, Hunger, Kälte und erbarmungsloser Arbeit starben“, so Hantsom.

Die 1940 nach Estland gekommene sowjetische Macht wusste sehr gut, wer der kleinen Republik geholfen hat, die Unabhängigkeit zu bekommen. „Estnische Behörden erinnern sich nicht gern daran, doch während der ersten Massendeportation 1940 verhaftete der NKWD vor allem russische Offiziere und gesellschaftliche Personen“, sagte Hantsom.

An der Erlangung der Unabhängigkeit Lettlands 1918 waren auch die Offiziere der weißen Garde beteiligt. Es war unter anderem die Einheit des russischen Offiziers Oberst Anatoli Liwen, die Riga von der Roten Armee befreite.

Bulgakow, Wyssozki, Zoi

Der Kampf gegen die „totalitäre“ Vergangenheit – „Dekommunisierung“ genannt – wird auch in der Ukraine geführt. 2015 wurde das Gesetz verabschiedet, das Propaganda sowohl für kommunistische als auch für Nazi-Regimes verbietet. Es wird nach demselben Prinzip wie in den baltischen Ländern umgesetzt.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bezeichnete die „Dekommunisierung“ im Mai 2016 als Frage der nationalen Sicherheit. „Keine Rückkehr zu imperialen Begriffen. Ich werde nicht zulassen, dass die Landkarte der Ukraine erneut mit neurussischen Toponymen befleckt wird“, sagte Poroschenko.

Im Sommer 2016 hat die Oberste Rada Kirowograd umbenannt, das 1939 zu Ehren des Parteimitglieds Sergej Kirow benannt wurde. Doch die ukrainischen Parlamentarier griffen nicht auf die historische Bezeichnung der Stadt Jelisawetgrad zurück. Trotz Einwänden der Einheimischen und des Stadtrats billigte die Oberste Rada den neuen Namen der Stadt – Kropownizki, zu Ehren des ukrainischen Dramaturgen, der dafür bekannt ist, dass er sich weigerte, seine Werke in die russische Sprache zu übersetzen.

Das Hauptorgan der Dekommunisierung in der Ukraine ist das Institut für nationales Gedenken. Im Januar sagte sein Leiter Wladimir Wjatrowitsch, dass die Wysozki, Bulgakows und Zois die „Fangarme der russischen Welt“ sind. Die Warnung vor der von Bulgakow und Zoi ausgehenden Gefahr wurde von Dr. hist. Wjatrowitsch so erklärt: „Gerade die Kultur ist das Fundament, auf dem jeder Imperialismus den Tempel seiner Größe aufbaut.“

Im Mai 2017 rief er die Ukrainer zum Abbruch ihrer Verbindungen zu Verwandten aus Russland auf. „Alles, was uns von Russland entfernt, ist zum Wohle der Ukraine. Alles, was die Verbindung zwischen unseren Ländern aufrechterhält – Wirtschaft, Sprache, Geschichte, Kultur, Traditionen und sogar verwandtschaftliche Beziehungen – wird gegen uns genutzt“, sagte Wjatrowitsch.

Primat des Ukrainertums

Der Leiter der Kiewer Agentur für soziale Kommunikationen Sergej Belaschko verwies darauf, dass es unter ukrainischen Russenhassern sehr wenig echte Ukrainer gibt. Doch das hindert die ukrainische Regierung nicht daran, die Ideologie des Kampfes gegen die russische Welt erfolgreich zur persönlichen Bereicherung zu nutzen.

„Wjatrowitsch gehört zum Menschen-Typ ‚Das ganze Leben ist ein Kampf‘. Obwohl er nicht ganz ein Ukrainer ist. Wäre er Ukrainer, hätte er nicht einen polnischen, sondern einen ukrainischen Familiennamen. Als Mensch polnischer Herkunft, der wegen historischer Umstände ukrainischer Staatsbürger wurde, bemüht er sich nun, heiliger als der Papst zu sein und das Recht auf den Primat seines Ukrainertums zu beweisen“, sagte Belaschko.

Dem Experten zufolge besteht selbst die Avantgarde der Nationalisten nicht aus Ukrainern.

„Ich habe mir die Liste der Gründer der ‚Nationalen Kampfgruppen‘ angesehen – drei Russen, ein Ukrainer, ein Weißrusse. Beim Berichten über die Idee der Nation stellen sie sich nur sehr abstrakt vor, wer die Ukrainer sind“, so Belaschko.

Doch die Version des ukrainischen Nationalismus, in der der Kampf gegen Polen und Russland erklärt wird, ist vorteilhaft für Kiew. Die Mobilisierungs-Rhetorik im Sinne eines „überall sind Feinde“ bewahrt ein ausnutzbares Niveau des Konfliktpotentials in der Gesellschaft. „Poroschenko ist ein sehr pragmatischer Mensch. Er versteht, dass, falls es im Lande keinen ständigen Krieg geben wird – egal, gegen wen –, er nicht die Macht und das Vermögen in seinen Händen mehr halten kann. Deswegen bringt er alle Oppositionsgruppen gegeneinander auf. Dieser Prozess soll nicht aufhören. Wurden alle Lenin-Denkmäler gestürzt? Wollen wir mit den Puschkin-Denkmalen beginnen! Wurden alle Puschkin-Denkmäler niedergerissen? Wollen wir mit den Bulgakow-Denkmalen beginnen! Es gibt keine Idee. Das wird alles gemacht, um länger an der Macht zu bleiben, das Vermögen anzuhäufen und es ins Ausland zu bringen“, sagte Belaschko.

Die russenfeindliche Rhetorik dient gerade der Aufrechterhaltung der Macht und Kontrolle über das Eigentum. Ein anderes Ziel gibt es nicht.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der VLR hat sich nicht wesentlich geändert und **bleibt angespannt, in den letzten 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.**

Beschossen wurden die Gebiete von Logwinowo, Kalinowo und Kalinowka. Bei dem Beschuss haben die ukrainischen Streitkräfte 122mm-Artilleriegeschütze, 120- und 82mm-Mörser, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 40 Geschosse abgeschossen.

Das Wort Waffenstillstand bedeutet ein Einstellen der Beschüsse. Aber in der Realität ist das gar nicht so. Deshalb ist es möglich zu sagen, dass der Waffenstillstand nicht in vollem Umfang eingehalten wird.

Und dass die ukrainischen Streitkräfte verbotene Artillerie verwenden, ist nicht verwunderlich, weil diese recht oft in den Lagerorten fehlt. Im heutigen Bericht der OSZE-Mission wird das Fehlen von Artillerie der ukrainischen Streitkräfte bestätigt – 13 Haubitzen, 18 fahrbare Haubitzen, 1q2 120mm-Mörser und 23 82mm-Mörser.

All diese Waffen werden bei den Beschüsse des Territoriums unserer Republik verwendet. Die ukrainischen Truppen haben die Aufklärung an der Kontaktlinie im Donbass verstärkt, auch unter Nutzung von Drohnen.

Besonders aktiv nutzen Soldaten der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Drohnen, um die Frontpositionen und Verlagerungen von Kräften und Mitteln auf dem Territorium der LVR zu entdecken.

Die ukrainische Seite verletzt die Minsker Vereinbarungen zum Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie.

Nach Informationen, die wir von der örtlichen Bevölkerung erhalten haben, wurden im Gebiet von Mironowskij sieben Artilleriegeschütze 2S1 „Gwosdika“ entdeckt.

Wir schließen eine **Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie im Zusammenhang mit dem Besuch einer ausländischen Kommission unter Leitung des Verteidigungsattachés der US-Botschaft in der Ukraine** nicht aus.

Die Ausländer planen, Swetlodarsk in der Zeit vom 7. bis zum 8. Februar zu besuchen. Die Arbeit der militärischen Delegation aus den USA könnte mit der Überprüfung der Bereitschaft zu Angriffsaktivitäten der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Zusammenhang stehen.

Gerade in diesem Zeitraum erwarten wir Provokationen der ukrainischen Truppen im Bereich des Swetlodarsker Bogens.

Im Gebiet von Mironowskij wurde die Ankunft einer Gruppe ausländischer Offiziere und Instruktoren bemerkt. Nach vorläufigen Informationen sind die Söldner aus Kanada zur Erfüllung von Spezialaufgaben an der Kontaktlinie eingetroffen.

Diese Fakten sind eine weitere Bestätigung dafür, dass die ukrainische Seite nicht die Absicht hat, die Situation im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen, und die Vereinbarungen der Kontaktgruppe in Minsk ignoriert.

Die Grausamkeiten der Unmenschen aus den ukrainischen Streitkräften und den nationalistischen Einheiten gegenüber der friedlichen Bevölkerung auf dem zeitweilig von der Ukraine besetzten Territorium der LVR gehen weiter.

Nach Mitteilung von Einwohnern von Katerinowka, Popasnaja-Bezirk, führen Soldaten des 108. Bataillons der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte und Strafsoldaten aus der nationalistischen Einheit „Freikorps“ Säuberungsmaßnahmen gegenüber Einwohnern der Ortschaft durch, die sie als Unterstützer von Separatisten bezeichnen.

Der Bevölkerung nehmen sie Lebensmittel, persönlichen Besitz und Fahrzeuge weg. Die ukrainischen Soldaten nehmen weiter Wohnungen ein. Auch die Fälle von Vergewaltigungen und Morden haben auf dem von Kiew kontrollierten Territorium zugenommen.

Es muss angemerkt werden, dass diese Ausschreitungen schon seit langer Zeit geschehen. Die Betroffenen haben sich mehrfach mit Anzeigen an die örtliche Polizei gewendet und Soldaten der ukrainischen Streitkräfte der Plünderungen und des Diebstahls beschuldigt, aber es gibt keine Reaktion von Seiten der Polizei. Sie halten die Einwohner von Katerinowka nicht für ihre Bürger und äußern die Absicht, die Einrichtung einer sogenannten „neuen Ordnung“ fortzusetzen, wie die der SS-Truppen.

In der letzten Zeit bemerken wir eine Verstärkung provokativer Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte in Bezug auf die Republik.

Dies hängt direkt von Befehlen aus Kiew ab, die den Minsker Vereinbarungen entgegenstehen. Ein solcher Fall ist die Verletzung von Punkt 8 der Rahmenvereinbarungen vom 21.9.2016, wo angegeben ist, dass sich nach Beendigung der Trennung der Kräfte Soldaten der ukrainischen Streitkräfte sich unter keinen Umständen an den

Trennungsabschnitten befinden dürfen.

Wir bemerken auch, dass sich die sogenannten Verteidiger wieder mit rechtswidrigen Aktivitäten gegen friedliche Bürger befassen, Raub, Plünderungen, Besetzung von Wohnhäusern, dies alles geschieht unter schweigender Zustimmung der Weltgemeinschaft.

Ukrinform.ua: Im Gebiet Donezk drei Kinder durch Explosion eines Sprengsatzes schwer verletzt

Am Dienstagabend seien im Dorf Krasnohoriwka des Gebiets Donezk drei Kinder 3, 9 und 14 Jahre alt bei der Explosion eines unbekanntes Sprengsatzes getroffen worden. Ihr Zustand sei schwer, teilte die PR-Abteilung der Polizei im Gebiet Donezk mit.

„Drei Kinder im Alter von 3, 9 und 14 Jahren sind mit Splitterverletzungen in ein Krankenhaus eingewiesen worden. Die beiden jüngsten Kinder sind schwer verletzt“, heißt es im Bericht.

Laut Informationen ist der Unfall gegen ca. 21.00 Uhr beim unvorsichtigen Umgang mit dem unbekanntes Sprenggegenstand in einem Privathaus passiert. In der Küche, wo die Kinder spielten, wurden die Reste von einem Metallgegenstand gefunden.

de.sputniknews.com: Su-25-Abschuss in Syrien: Pilot des zweiten Jets schildert die letzten Augenblicke

Der Pilot der zweiten Su-25 in der von Kommandeur Roman Filipow geführten Kampfflugzeugkette hat Details über den Kampf gegen die Terroristen erzählt, in dem Major Filipow ums Leben gekommen ist. Darüber schreibt am Mittwoch die Zeitung des Verteidigungsministeriums „Krasnaja Swesda“.

„Seine Stimme war fest, als ich ihn warnte: ‚Auf dich wird gezielt! Zieh weg! Längsneigung, Längsneigung! Manövriere!‘“, erzählte der Pilot. Ihm zufolge hat Filipow ruhig gesagt: ‚Ich bin getroffen ... Gut getroffen ... Brand im rechten (Triebwerk – Anm. d. Red.) ... Ich ziehe nach Süden ... Auch das linke steht ... Rufe den PSO (den Such- und Rettungstrupp – Anm. d. Red.)‘.

„Dann folgten die letzten Worte: ‚Steig in die Wolken auf‘“, ergänzte der von Filipow geführte Pilot. „Natürlich habe ich (die Maschine – Anm. d. Red.) nicht hochgezogen. Den Kommandeur im Stich zu lassen, ist wohl das Letzte“, betonte der Offizier.

Wie er ferner erläuterte, ist das Abfliegen der Deeskalationszone Idlib eine gewöhnliche, aber eine Kampfaufgabe. In den Gebieten, die von den Kämpfern der Terrormiliz Dschabhat an-Nusra kontrolliert würden, gebe es regelmäßig chaotisches Schießen aus Minenwerfern und Schützenwaffen. Es sei ein Kampfeinsatz gewesen.

„Als die tragbare Flugabwehrrakete die Maschine des Kommandeurs getroffen hatte, waren alle Zweifel verworfen. Ich habe den Kommandeur in der Luft stets gedeckt, das musste ich auch am Boden tun, als er den Kampf schon aufgenommen hatte. Ich blieb in dem Raum und unternahm mehrere Angriffe — gegen die Fahrzeuge, die sich dem Olivenhain näherten, wo sich Roman befand. Ich habe zwei Autos vernichtet“, erklärte der Pilot.

Zugleich habe er der Befehlsstelle die Koordinaten gemeldet und den Such- und Rettungstrupp angefordert. „Die Stelle, wo der Kommandeur gelandet war, habe ich gesehen, den Kampf selbst nicht, es war in der Dämmerung ... Ich musste mit einer Havarie-Treibstoffreserve, die nur bis zum Flugplatz reichte, abdrehen“, schloss der Offizier.

Der letzte Kampf

Der Su-25-Kampfjet von Filipow wurde am 3. Februar beim Abfliegen der Deeskalationszone Idlib abgeschossen. Bis zuletzt versuchte der Offizier, das Flugzeug in der Luft zu halten, er schaffte es, dem Kommando den Raketenangriff zu melden. Filipow katapultierte sich, lieferte den Terroristen am Boden einen ungleichen Kampf und sprengte sich schließlich mit einer Handgranate in die Luft.

Der Leichnam des Majors konnte dank den Handlungen der russischen Militäraufklärung und des türkischen Militärs evakuiert und in die Heimat gebracht werden. Am 8. Februar soll Roman Filipow mit allen militärischen Ehren in Woronesh beigesetzt werden. Dem Piloten wurde posthum der höchste Ehrentitel „Held der Russischen Föderation“ verliehen. Er hat eine Frau und eine vierjährige Tochter hinterlassen.

Dan-news.info: „Heute haben wir den Hauptteil der Wiederaufbauarbeiten am Transformator des Jushnodonbasskij-Wasserwerks erledigt. Die Lecks haben wir beseitigt, etwa 15 Fass Öl eingefüllt. Jetzt führen wir noch ein paar Vorbereitungsmaßnahmen für die Wiederinbetriebnahme durch“, teilte das kommunale Unternehmen Woda Donbassa mit. Die Wiederinbetriebnahme ist für den 8. Februar geplant.

de.sputniknews.com: Russische Manöver auf Südkurilen – Tokio fürchtet Militäraufstockung durch Moskau

Tokio hat gegen die laufenden Übungen Russlands auf den Südkurilen, die in Japan als „nördliche Territorien“ bezeichnet werden, Protest eingelegt.

Wie der japanische Außenminister Taro Kono mitteilte, sei der Protest über diplomatische Kanäle an die russische Seite übermittelt worden. „Sie (die Übungen – Anm. d. Red.) führen zur Verstärkung der militärischen Präsenz Russlands auf den vier nördlichen Inseln. Dies widerspricht der Position unseres Landes und ruft Bedauern hervor“, so Taro Kono.

Auf den Kurilen-Inseln waren am Dienstag Manöver gestartet worden, bei denen die Bekämpfung illegaler bewaffneter Formationen geübt wird. Bei den Übungen sind 2.000 Soldaten des Militärbezirks Ost sowie rund 500 Stück Kampftechnik, darunter Hubschrauber vom Typ Mi-8 AMTsch, eingesetzt. Geplant ist unter anderem die Landung einer Kampfhubschrauber-Gruppe auf einer der Kurilen-Inseln.

Dem japanischen Außenminister zufolge war das Thema der russischen Übungen nicht bei dem Treffen der Vizeaußenminister Russlands und Japans, Igor Morgulow und Takeo Mori, am Vortag in Tokio erwähnt worden, weil die diesbezügliche Information erst nach dem Abschluss des Gesprächs bestätigt worden sei. Dieses habe der gemeinsamen Wirtschaftstätigkeit beider Länder auf den Südkurilen gegolten. Taro Kono gab zu verstehen, dass die Übungen die Absicht des japanischen Premiers Shinzo Abe, Russland im Mai dieses Jahres zu besuchen, nicht beeinflusst hätten.

Die südlichsten Inseln des Kurilen-Archipels: Iturup, Kunaschir, Schikotan und die Inselgruppe Chabomai – waren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges an die Sowjetunion gefallen, was völkerrechtlich festgehalten wurde, und später von deren Rechtsnachfolger Russland übernommen worden. Japan beansprucht die Inseln und beruft sich dabei auf den Handels- und Grenzvertrag von 1855, in dem diese Gebiete als japanisch anerkannt worden waren. Tokio hatte bereits früher die Rückgabe der Inseln als Bedingung für den Abschluss eines Friedensvertrages gefordert, der nach dem Kriegsende bis heute nicht zustande gekommen ist.

Lug-info.com: Bemerkungen des Außenministers der LVR und Bevollmächtigten der Republik bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego zum „Gesetz über die Reintegration des Donbass“

Das sogenannte Gesetz über die Reintegration wurde in den Medien und im internationalen Rahmen heiß erörtert, die Parlamentarische Versammlung der Europarats bezeichnete es als Verletzung der Menschenrechte und stellte der Ukraine die Aufgabe, dieses Gesetz vollständig zu überarbeiten.

Es wurde in Minsk auf der Sitzung der Kontaktgruppe erörtert, wo wir festgestellt haben, dass dieses Gesetz grundlegend den Verpflichtungen der Ukraine aufgrund der Unterzeichnung der

Minsker Dokumente widerspricht.

Dieses Gesetz zerstört praktisch die gesamte Konzeption der Minsker Vereinbarungen, auch wenn die ukrainische Seite erklärt hat, dass sie dort irgendeine Unterstützung dieser Vereinbarungen eingefügt hat. In der Tat ist das nicht so.

In der Obersten Rada verlief die Behandlung eines Entschließungsentwurfs über die Aufhebung dieses Gesetzes erfolglos.

Leider erhielt diese Entschließung keine Unterstützung, nur wenig mehr als 30 Abgeordnete stimmten dafür, das erlaubt es nicht, diese Bewegung in Richtung Verschärfung der Situation zu stoppen.

Die Entwicklungsperspektive: Die Oberste Rada unterschreibt und gibt das Gesetz, das in zweiter Lesung beschlossen wurde, an den Präsidenten Poroschenko. Wenn dieses Gesetz in Kraft tritt, werden viele Prozesse maximal erschwert.

Das gesetzliche Verbot zur politischen Regelung wird verschärft, entsprechend wird die Erfüllung von Entscheidungen in Minsk durch die Ukraine nur äußerst schwer zu gewährleisten sein, und heute ist die Situation bei uns so, dass die Ukraine ohne solche Hebel wie dieses Gesetz sich schon maximal der Erfüllung ihrer Verpflichtungen entzieht.

Das Gesetz über die Reintegration verstärkt nur den Widerstand der Ukraine bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen....

Bei den „normannischen Vier“ war auch Poroschenko anwesend. Und das, was er sagte, widerspricht direkt dem, was er jetzt vorhat zu unterzeichnen. So ist die Situation in der ukrainischen Politik geprägt von inneren sozialen Explosionen. Solche Handlungen ein und desselben Menschen, in direkt entgegengesetzte Richtungen, rufen Zweifel an seiner Stabilität hervor und wenn ein Leiter, gelinge gesagt, keine deutliche Position in der internationalen Arena zum Ausdruck bringt, so, entschuldigen Sie, hat ein solches Land keine Perspektive als Subjekt des internationalen Rechts.

de.sputniknews.com: Ukraine findet Schuldige an „Krim-Abgabe“

Die Entscheidung über den „widerstandslosen Abzug der ukrainischen Truppen aus der Krim“ wurde auf Initiative des Chefs der Präsidentenadministration, Sergej Paschinski, getroffen. Dies teilt der Rechtsanwalt von Viktor Janukowitsch, Vitali Serdjuk, am Mittwoch auf seinem Facebook-Account mit.

Im Anhang zu seiner schriftlichen Notiz hat der Anwalt die Kopien des Protokolls vom Verhör des ehemaligen amtierenden Verteidigungsministers, Igor Tenjuch, platziert. Laut den veröffentlichten Fragmenten des Dokuments hatte Tenjuch am 23. März 2014 in einer Sitzung des Rates der nationalen Sicherheit und der Verteidigung der Ukraine einen Bericht zur Lage auf der Halbinsel erstattet. Er behauptet, vorgeschlagen zu haben, „zum Durchbruch gegen die Krim überzugehen“.

„Sergej Paschinski entgegnete daraufhin: ‚Mit dem Minister ist alles klar, er will Krieg, wollen wir uns andere Anwesende anhören‘. Stepan Poltorak, der zuvor Kommandeur der Nationalen Garde war (heute ist er Verteidigungsminister der Ukraine – Anm. d. Red.), ergriff sofort nach mir das Wort. Er sagte wortwörtlich: ‚Ich schlage vor, unter stolz erhobenen Fahnen unsere Truppen aus der Krim abzuziehen‘. Darauf sagte ich, es wäre besser, sich zu erschießen, und in diesem Fall bin ich bereit, unverzüglich zurückzutreten“, heißt es weiter im Dokument.

Tenjuch zufolge waren alle Vorschläge der ukrainischen Militärs „zur Verteidigung der Halbinsel“ von Arseni Jazenjuk, der zu jenem Zeitpunkt bereits den Posten des Premierministers bekleidete, blockiert worden....

de.sputniknews.com: Lawrow: USA peilen Aufteilung Syriens an

Die USA haben aus der Sicht des russischen Außenministers Sergej Lawrow Kurs auf die

Aufteilung Syriens genommen. Moskau wird laut ihm Washington fragen, wie genau die USA sich das Ganze vorstellen.

„Es sieht danach aus, dass die USA Kurs auf die Aufteilung des Landes genommen haben. Sie haben einfach die Versprechen zurückgenommen, die sie uns zuvor gegeben hatten, wonach ihr einziges Ziel in Syrien (...) der Sieg über den IS sei“, sagte Lawrow am Mittwoch.

„Jetzt sagen sie (die USA – Anm. d. Red.), dass sie solange präsent bleiben würden, bis sie sicher seien, dass in Syrien eine nachhaltige politische Regelung begonnen habe, die einen Regimewechsel zur Folge haben werde.“

Lawrow ist nach eigenen Worten überzeugt: Es gebe konkrete Pläne zur Aufteilung Syriens.

„Wir wissen darüber Bescheid und werden uns bei unseren amerikanischen Kollegen erkundigen, wie sie sich das Ganze vorstellen.“

Dnr-online.ru: Trotz der schwierigen politischen und ökonomischen Situation entwickelt sich die Industrie des Donbass entgegen den üblichen Stereotypen und hat absolut alle Voraussetzungen für einen baldigen Ausweg aus der entstandenen Krise. Genauer berichtete darüber der Minister für Industrie und Handel Alexej Granowskij in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR.

„Lokomotive der Industrie des Donbass war und ist die Metallindustrie. Insgesamt arbeiten etwa 49 solcher Unternehmen. Deren Bruttoeinnahme betragen 2017 etwa 50 Mrd. Rubel. Das ist eine sehr ernsthafte Kennzahl. Die Situation war sehr schwierig, kritisch. Aber es wurde die einzig richtige Entscheidung getroffen – die Verantwortung zu übernehmen und eine äußere Leitung einzuführen. So ist es uns gelungen, etwa 21.000 Arbeitsplätze zu erhalten. Jetzt hat sich diese Zahl auf 25.000 erhöht. Wir entwickeln uns und stellen Menschen ein.

Außerdem wurde im republikanischen Rechtsraum bereits die Juswoskij-Metallfabrik gegründet, wir haben sie 2017 in Betrieb genommen. Weiter arbeitet die Charzysker Stahlseilfabrik „Silur“. Als wir sie eröffneten, arbeiteten dort etwa 460 Menschen, jetzt wurden etwa 1000 Arbeitsplätze geschaffen. Wir vergrößern die Produktionsmengen, wir brauchen Menschen. Die Fabrik hat jetzt 1700 Tonnen fertige Produkte erzeugt, sie hat die Aufgabe, im nächsten Monat mindestens 2000 Tonnen zu produzieren. Dafür gibt es absolut alle Voraussetzungen“, sagte der Minister für Industrie und Handel.

Außerdem gab er Pläne zur Vergrößerung des Umfangs der Produktion, der Entwicklung von Unternehmen des Maschinenbaubereichs, der chemischen und Leichtindustrie usw. bekannt.

„Die Eröffnung jedes Unternehmens ist eine Eröffnung von Arbeitsplätzen. Das Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko hält ständig die Hand am Puls der Ereignisse und hilft uns immer“, fasste Alexej Granowskij zusammen.

de.sputniknews.com: Ukraine wiederholt Deutschlands Weg in den 1930er Jahren

In Kiew fand am vorigen Sonntag eine Aktion der so genannten „Kampfgruppe“ statt – einer neuen Formation, deren Bildung und deren erklärte Ziele allerdings viele Fragen hervorriefen, schreibt die Zeitung „Nowaja Gaseta“ am Mittwoch.

An der Aktion am Kreschtschatik nahmen etwa 600 Männer in grau-schwarzer Uniform und teilweise in Sturmmasken teil. Dann schworen sie dem früheren Kommandeur des so genannten „Freiwilligen“-Bataillons „Asow“, Andrej Bilezki, der inzwischen Abgeordneter der Werchowna Rada (Parlament) ist, die Treue.

„Wir sind viele! Wir haben keine Angst, Gewalt anzuwenden, um auf den Straßen die Ukrainische Ordnung voranzubringen!“, riefen die Teilnehmer des Marsches, unter ihnen viele Veteranen der so genannten „Anti-Terror-Operation“ im Donezbecken, während der Zeremonie.

Als wichtigstes Ziel der „Nationalen Kampfgruppe“ gilt der Schutz der Ordnung – wobei in

der entsprechenden Erklärung auf Facebook die Polizei allerdings erst gar nicht erwähnt wurde. „Wir sind diejenigen, die die schmutzigste Arbeit auf der Welt übernehmen. Wir säubern die ukrainischen Straßen vom Abschaum wie Drogensüchtigen und Alkoholikern“, hieß es in der Erklärung.

Darüber hinaus nimmt sich die „Nationale Kampfgruppe“ vor, sich an der Verteidigung der Ukraine zu beteiligen (die Streitkräfte wurden dabei ebenfalls nicht erwähnt), das mittelständische Unternehmertum zu unterstützen und einen gesunden Lebensstil zu propagieren.

Übrigens ist die neue Formation überhaupt nicht neu: Es stellte sich heraus, dass sie bereits im Mai 2017 registriert worden war. Als Mitbegründer sind auf der Webseite des ukrainischen Justizministeriums mehrere frühere Kämpfer des „Asow“-Regiments erwähnt.

Die Aktion in der Stadtmitte Kiews blieb nicht unbemerkt: Es fanden sich viele Politiker und Vertreter der Öffentlichkeit (und zwar nicht nur Mitglieder des „Oppositionsblocks“, quasi der ehemaligen „Partei der Regionen“), die vor der Legalisierung einer solchen militanten Formation warnten und an Deutschlands Erfahrungen aus den 1930er Jahren erinnerten. Zugleich verlangten sie ausführliche Erläuterungen – von den Machtstrukturen und den „Reinigern“ selbst.

Der Kommandeur der „Nationalen Kampfgruppe“ und ehemalige Chef des Regiments „Asow“, Igor Michailenko, erläuterte, dass sich die Gründer der neuen Formation auf das Gesetz „Über die Beteiligung der Bürger am öffentlichen Ordnungsschutz und an der Verteidigung der Staatsgrenze“ vom Jahr 2000 gestützt hätten. Diesem Gesetz zufolge dürfen sie freiwillige Gruppen bilden, Menschen in Ausnahmesituationen retten, die Ordnungskräfte über Straftaten informieren und Straftäter festnehmen. Allerdings haben sie laut Gesetz ihre Handlungen mit dem Innenministerium bzw. dem Grenzschutz abzusprechen.

Außerdem verwiesen Michailenko und seine Stellvertreter und Anhänger auf die generell unruhige Situation in der Ukraine, auf deren Territorium immerhin ein Militärkonflikt andauere, so dass sie sich für berechtigt halten würden, sich an der „Verteidigung des Landes“ zu beteiligen. Hinzu komme, dass die Ressourcen der Polizei nicht ausreichend seien, um die Situation aus eigener Kraft zu beruhigen.

Juristen warnen, dass das Innenministerium und die neugegründete „Kampfgruppe“ künftig um das Vertrauen der regionalen Behörden konkurrieren könnten. Innenminister Arsen Awakow erklärte bereits: „Ich werde nicht zulassen, dass es parallele Strukturen gibt, die sich auf offener Straße als alternative militante Formationen aufführen.“

Michailenko selbst sagte: „Awakow und (Präsident Petro) Poroschenko sind für uns nicht im geringsten angesehene Politiker. Diese Machthaber haben ihre Chance versäumt.“

Die einzige Person, die die „Kampfgruppe“ beeinflussen kann, ist wohl Andrej Bilezki, dessen Image im Grunde nahezu tadellos ist: Er ist immerhin ein Krieger, Intellektueller, Sportler und radikaler Nationalist – und war zudem nie in Korruptionsskandale verwickelt. Im vergangenen Sommer brachte Bilezki seine Ambitionen zum Ausdruck, um den Präsidentenposten zu kämpfen. Und vor der nächsten Parlamentswahl will er nach seinen Worten alle rechten Kräfte (die Parteien „Freiheit“, „Rechter Sektor“ usw.) zusammenschließen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31943/09/319430995.jpg>

de.sputniknews.com: Russlands Verteidigungsministerium nennt Hauptquelle für Destabilisierung in Syrien

Eine Hauptquelle für die Destabilisierung in Syrien bleibt die internationale terroristische Gruppierung „Dschabhat an-Nusra“. Dies erklärte der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, am Mittwoch.

„Die Banditengruppierungen dieser Terrormiliz werden mit Waffen und materiellen Mitteln unterstützt und sind bestrebt, die friedliche Regelung in den Deeskalationszonen zum Scheitern zu bringen, indem sie allmählich die Truppen der gemäßigten Opposition verdrängen“, betonte er.

Konaschenkow zufolge ruft der jüngste Erhalt von tragbaren Luftabwehrsystemen durch die Terroristen der „an-Nusra“ eine tiefe Besorgnis hervor, da diese Systeme nicht nur in Syrien und nicht nur gegen Kampffjets eingesetzt werden können.

„Seitens des Verteidigungsministeriums wird an der Ermittlung der Typen dieser Luftabwehrsysteme und der Lieferkanäle an die Terroristen gearbeitet“, fügte der Generalmajor hinzu.

Zuvor war berichtet worden, dass „Dschabhat an-Nusra“ die Verantwortung für das in Syrien abgeschossene russische Kampfflugzeug Su-25 übernommen hatte.

[Ukrinform.ua: Poltorak: Ukraine bekommt Javelin in diesem Jahr](#)

Der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak hat in dem Fernsehnachrichtensender „112 Ukraine“ (112.ua) erklärt, dass die Panzerabwehrsysteme Javelin an die Ukraine in diesem Jahr geliefert werden.

„Ich möchte ganz konkret sagen, dass wir die Javelin rechtzeitig bekommen werden. In diesem Jahr bestimmt“, sagte er.

Der Minister sprach auch über die Ergebnisse des Treffens mit dem Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten James Mattis.

„Wir haben viele Fragen diskutiert, fast alle Themen und alle Fragen, die ich hatte, die mir Sorgen machten. Auf alle meinen Fragen habe ich eine Antwort erhalten. Es gibt ein klares Verständnis, wie, wann und auf welche Weise. All das haben wir besprochen. Wir haben auch unsere weitere Zusammenarbeit sowie die Zusammenarbeit mit der Allianz und unsere gegenseitigen Verpflichtungen und den Abschluss der erreichten Vereinbarungen zwischen der

Ukraine und den Vereinigten Staaten erörtert“, fügte er hinzu.
Die ukrainischen Streitkräfte haben bereits den Befehl, sich auf die Annahme dieser Komplexe vorzubereiten.

de.sputniknews.com: Entweder Krieg oder Sabotage: Ukraine beginnt mit Donbass-Reintegration

Die Sperre des Gesetzesentwurfs zur Reintegration des Donezbeckens ist aufgehoben worden. Er muss nun vom Vorsitzenden der Werchowna Rada und dem Präsidenten der Ukraine unterzeichnet werden, schreibt das Portal „Gazeta.ru“ am Mittwoch.

Die Werchowna Rada lehnte am 6. Februar einen vom Oppositionsblock eingereichten Entwurf zur Aufhebung des Gesetzesentwurfs über die Reintegration des Donezbeckens ab. Für die Sperrung des Gesetzesentwurfs votierten nur 37 Abgeordnete. Unter denen, die sich weigerten, das Gesetz zur Reintegration des Donbass zu unterstützen, waren nicht nur alle Vertreter des Oppositionsblocks, sondern auch drei fraktionslose Parlamentarier sowie ein Abgeordneter des Blocks Petro Poroschenko.

Zu den fraktionslosen Abgeordneten gehörte sogar Nadeschda Sawtschenko, die in Russland wegen Beteiligung an der Ermordung eines russischen Journalisten verurteilt und später durch einen Erlass von Präsident Wladimir Putin begnadigt worden war.

Die ukrainische Menschenrechtsbeauftragte Walerija Lutkowskaja sagte, dass das Gesetz zur Reintegration des Donezbeckens zur Verschlechterung der Lage bei der Einhaltung der Menschenrechte in der Konfliktzone führen werde. Das hängt ihr zufolge unter anderem damit zusammen, dass die ukrainischen Streitkräfte neue Vollmachten und fast uneingeschränkte Rechte bekommen.

Auch in der ukrainischen Regierung gibt es keine Geschlossenheit in Bezug auf das skandalöse Gesetz. Wie der stellvertretende Minister für die zeitweilig besetzten Gebiete, Georgi Tuka, sagte, ist der Grund für die Auseinandersetzungen die Tatsache, dass die Regierung sowie das Parlament aus Vertretern verschiedener politischer Kräfte bestehen. „Einige sind auf die Eskalation des Militärkonfliktes in der Zone der Antiterroroperation aus, andere sind Anhänger einer möglichst schnellen Versöhnung. Einige Mitglieder der Regierung distanzieren sich überhaupt von diesem Thema. Deswegen ist die Regierung bislang nicht bereit, eine einheitliche Herangehensweise zu erreichen, um die Punkte des Gesetzesentwurfs umzusetzen“, sagte Tuka.

Viele Politologen und russische Politiker meinen, dass das Inkrafttreten dieses Gesetzes bedeuten werde, dass sich Kiew nicht mehr nach den Minsker Abkommen richtet, in denen der Mechanismus zur Regelung der Situation im Südosten der Ukraine festgeschrieben ist. Der stellvertretende Kommandeur des operativen Kommandos der Volksrepublik Donezk sagte, dass kurz vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Reintegration bereits aktive Propaganda unter ukrainischen Militärs gestartet wurde, die auf die Verstärkung des Patriotismus ausgerichtet ist.

Nicht nur die Regierung, sondern auch die politischen Eliten haben trotz einer demonstrativen Unterstützung des Gesetzesentwurfs bislang keine einheitliche Vorstellung davon, wie man weiter gegenüber dem Donezbecken vorgehen soll. Laut dem Politologen Juri Romanenko kämpfen politische Gruppierungen bereits seit 26 Jahren untereinander um die Macht und lösen ihre unternehmerischen Aufgaben, weshalb das Land gespalten ist und nicht mit der Bildung einer einheitlichen Strategie zur Entwicklung der Ukraine begonnen werden kann. Laut dem Experten Dmitri Melnikow gibt es zwei Varianten der Entwicklung nach der Unterzeichnung des Gesetzesentwurfs durch Poroschenko. „Entweder wird der Krieg im Donbass in eine neue Phase übergehen – die Zusammenstöße werden sich zuspitzen und die ukrainische Armee wird erweiterte Vollmachten umsetzen, oder der Gesetzesentwurf wird einfach torpediert, außer der Genehmigung von Handel zwischen der Ukraine und dem Donezbecken“, so der Experte.

Dan-news.info: Erklärung Denis Puschilins über die Besetzung von Territorien in der frontnahen Zone durch ukrainische Truppen

Die ukrainischen Truppen nehmen weiter Ortschaften und Territorien in der sogenannten „grauen Zone“ ein. Diese Tatsache hat die OSZE-Mission angemerkt, die eine Verminderung der Entfernung zwischen den Positionen der Konfliktseiten festgestellt hat. Die oben genannten Aktivitäten sind eine grobe Verletzung der Minsker Vereinbarungen über die Einhaltung eines Regimes der Feuereinstellung, die den Seiten jegliches Vordringen verbieten. Besondere Besorgnis ruft hervor, dass das Eindringen in die Pufferzone von der Ukraine aus zielgerichtet, geplant und demonstrativ erfolgt. Ich erinnere daran, dass von den ukrainischen Truppen Schirokino, Winogradnoje, Pawlopol, Pischtschwik und Gnutowo, Nowoluganskoje, das Awdejewker Gewerbegebiete, Trawnewoje und Gladosowo eingenommen wurden. Es muss angemerkt werden, dass die Frage der Trennung von Kräften und Mitteln, deren Ziel eine Vergrößerung des Abstands zwischen den Positionen der Konfliktseiten ist, in Minsk aktiv erörtert wird.

Wie bekannt ist, gibt es an einem der Abschnitte zur Trennung von Kräften und Mitteln – in Staniza Luganskaja – durch die Schuld der ukrainischen Seite seit praktisch anderthalb Jahren keinerlei Fortschritt.

Die DVR erfüllt ihre Verpflichtungen. So wurden den Einheiten entsprechende Befehle erteilt und veröffentlicht, es gibt kein Vordringen, Ermittlungen zu Fällen von Verstößen werden regelmäßig durchgeführt.

Die Handlungen der Ukraine widersprechen direkt dem Inhalt der Minsker Vereinbarungen und werden zu einer weiteren Eskalation des Konflikts führen. So hat sich in der Folge der Einnahme von Positionen in der Nähe der Donezker Filterstation durch ukrainische Truppen an der Kontaktlinie ein neuer Brennpunkt gebildet.

Durch ihre Handlungen erschwert die Ukraine zielgerichtet den ohnehin schwierigen Verhandlungsprozess und befördert eine Vergrößerung der Zahl der Verstöße.

Der Leiter der Delegation der DVR bei den Verhandlungen in Minsk, der Vorsitzende des Volkssowjets der Republik Denis Puschilin.

Abends:

de.sputniknews.com: Olympia-Hackerangriffe: Westliche Medien planen Vorwürfe gegen Russland – Moskau

Westliche Medien wollen Russland Hackerangriffe auf Portale vorwerfen, die mit den Olympischen Winterspielen in Südkorea zusammenhängen. Das teilt das russische Außenministerium am Mittwoch mit.

„Uns ist bekannt, dass in westlichen Medien Pseudo-Ermittlungen zum Thema einer angeblichen ‚russischen Spur‘ bei Hackerangriffen auf Portale geplant sind, die mit den Olympischen Spielen in Südkorea zusammenhängen“, so die Meldung der Behörde. Dabei betont das Außenministerium, dass, wie in solchen Fällen üblich, der Öffentlichkeit keine Beweise vorgelegt würden.

„Nicht nur engagierte Medien, sondern auch IT-Unternehmen, die seit langer Zeit enge Beziehungen zu CIA und NSA haben, könnten an dieser antirussischen Kampagne beteiligt sein“, schloss die Behörde.

Dan-news.info: „Die Erklärungen der ukrainischen Seite über die Einhaltung des

Waffenstillstands, der im Rahmen des Minsker Verhandlungsprozesses erreicht wurde, sowie ihrer Interessiertheit am Wiederaufbau der Infrastruktur des Donbass halten der Kritik nicht stand – es reicht, die letzten Ermittlungen und die Statistik der Beschüsse von Dokutschajewsk seit Beginn des „Neujahrs“ waffenstillstands vorzubringen“, erklärte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow. „Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräfte in Richtung der Stadt abgeschossenen Geschosse beträgt 1148“. Davon wurden 144 Geschosse mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen abgeschossen.

Ukrinform.ua: Parubij: Rada hat einen „Fahrplan“ für Gesetze der EU-Integration
Die Werchowna Rada habe gemeinsam mit der Regierung einen „Fahrplan“ für die Annahme von vorrangigen Gesetzen der europäischen Integration entwickelt, erklärte der Vorsitzende der Werchowna Rada, Andrij Parubij, bei der Eröffnung der Parlamentssitzung am heutigen Mittwoch, ließ der Pressedienst des Parlaments mitteilen.

„Die Werchowna Rada hat gemeinsam mit der Regierung einen Fahrplan von vorrangigen Gesetzen der europäischen Integration entwickelt, die während der aktuellen Sitzung angenommen werden und die wir umsetzen müssen“, sagte der Parlamentspräsident. Parubij erinnerte daran, dass gerade an diesem Tag im Jahr 1992 der Maastricht-Vertrag unterzeichnet wurde. Er beglückwünschte die europäischen Kollegen. „Lasst uns unseren europäischen Freunden zum Feiertag gratulieren, denn unser Ziel ist die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union. Wir müssen alles dafür tun, um so schnell wie möglich an dieses Ziel zu gelangen“, sagte er.

de.sputniknews.com: Bundesregierung wird territoriale Integrität der Ukraine unterstützen – Poroschenko

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat angekündigt, dass die neue deutsche Bundesregierung die vollständige Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine unterstützen wird.

Er beglückwünschte die Spitzenpolitiker der CDU/CSU und der SPD zum Abschluss des Vertrags über die Regierungskoalition.

"Es ist äußerst wichtig, dass die Bundesregierung die vollständige Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine unterstützen wird: die Rückgliederung der Krim, die Reintegration des Donbass, die Entsendung von UN-Friedenstruppen, die Hilfe bei ihrem Wiederaufbau und den Reformkurs ", so Poroschenko.

Zuvor war berichtet worden, dass CDU, CSU und SPD sich am Mittwoch auf einen Koalitionsvertrag geeinigt hätten.